

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser überstande dem Fürsten Bismarck als Geburtstagsgeschenk einen Stock mit schwerem Goldgriff, in welchem der kaiserliche Namenszug eingeschrieben ist.

* Für Bismarck vollendet am Freitag sein 88. Lebensjahr. In begeisterter Ovationen fehlte es bei diesem Anlass in vielen deutschen Orten nicht, obwohl es auf Wunsch des großen Staatsmannes diesmal in Friedrichshafen stattfand, als in früheren Jahren. Für Bismarck erfreut sich körperlicher und geistiger frische noch heute in seltener Weise; sein Alter rechtfertigt aber gewiss das von ihm betonete Schönungsbefürnis.

* Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat am 31. März das 79. Lebensjahr vollendet. Der Kaiser sandte ihm als Geburtstagsgeschenk seine Photographie in Admiralsuniform mit eigenhändiger Widmung.

* Generalfeldmarschall Graf Blumenthal, der bereits im vorigen Jahre sein 70-jähriges Militärdienstjubiläum feiern konnte, ist auf seinen Wunsch von dem Vorsitz des Generalinspektors der 3. Armee-Inspektion entlassen worden und in den Ruhestand getreten. An seine Stelle tritt Graf Waldersee, bisher kommandierender General des 9. Armeekorps, dessen bisherige Posten auf Generalleutnant v. Massow (bisher Divisionskommandeur in Straßburg) übergeht.

* Die Frage, ob dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Konter-Admiral Tarpitz, infolge seiner Ernennung zum preußischen Staatsminister und Mitglied des preußischen Staatsministeriums Sitz und Stimme in letzterem zusteht, wird offiziell bejaht.

* Der Abschluss eines neuen Handelsvertrages Deutschland mit Chile soll nahe bevorstehen. Die Einfuhr aus Chile hat ungefähr einen Wert von 80 Millionen Mark (ca. sechs Siebentausend Chilenalperer), die direkte Ausfuhr nach Chile hat einen Wert von fast der Hälfte jener Summe.

* Der Fett. Abg. zur Folge finden augenblicklich auf Veranlassung des Reichskanzlers des Innern in allen Bundesstaaten Erhebungen über Quebracho-Leder statt. Es soll festgestellt werden, ob solche Qualitätsunterschiede zwischen dem Quebracho- und dem Gichtinden-Leder bestehen, daß dadurch die Stempelung eines der beiden Leder gerechtfertigt wird. Entweder soll das mit Gichtinden gegerbte Leder mit einem Qualitätsstempel versehen werden oder das mit Quebracho behandelte.

* Die zweite hessische Kammer nahm die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und die konserватiven Anträge auf Ausschluß Minderjähriger und Frauen von politischen Versammlungen mit 44 gegen 26 Stimmen an.

* In der zweiten hessischen Kammer beantragte der antisemitische Abg. Höhler die Aufhebung des Verbotes, der die Beamten vor politischen Agitationen warnt und im besonderen gegen die antisemitische Agitation gerichtet zu sein scheint. Staatsminister Singer erklärte, den Entschluß nicht zurückzuziehen zu wollen. Der Ausschluß der Kammer beantragte, an die Regierung das Erlassen zu richten, sich künftig jedes Einstusses auf die Darstellung der Beamten zu enthalten. Dieser Antrag wurde angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

* Durch ein besonderes Handschreiben hat Kaiser Franz Joseph den Erzherzog Franz Ferdinand, seinen ältesten Neffen und voraussichtlichen Thronfolger, "zur Verfügung des militärischen Oberbefehls" gestellt. Das bedeutet, daß der Erzherzog die Stellvertretung des Monarchen als oberster Chef des Heeres in militärischen Angelegenheiten ausüben darf. Eine ähnliche Stellung hat bisher noch niemand, selbst nicht der Kronprinz Rudolf bekleidet.

Frankreich.

* Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit lehnte der Hausesaalschluß der Deputiertenkammer einstimmig ab. Votum

wor dem von 180 Deputierten unterzeichneten Antrage entgegneten, da sich die Oberbefehlshaber der Armeesoldaten und die Oberste Kriegskommission dagegen ausgesprochen hätten und da die Annahme des Antrages eine Schwächung der Armees hinsichtlich des Effektivbestandes wie der Kriegsfähigkeit mit sich bringen würde.

* Der Pariser Appellationshof berief am Donnerstag die Berufung Bölaus, der nicht erschienen war. Am 8. d. soll die Entscheidung bekannt gegeben werden.

England.

* Die Nachrichten über das Seinden-Glasstone laufen nicht günstig. Eine Heilung sieht nicht zu erwarten, und das Ende wird voraussichtlich in Höhe eintreten. Möglich allerdings, daß sich das Leben wochenlang hinzieht. Die Schmerzen sind furchtbar. Gladstone weiß selber, daß seine Hoffnung da ist. Er hat die Kugel aufgesondert, ihn offen über seinen Zustand aufzuklären. Die Antwort war nicht trostlich. Als Gladstone in Bournemouth weilte, waren Lady Hall und Frau Jonathan, beides große Kunstsammlerinnen, jeden Abend in sein Haus und spendeten Trost mit ihrem Spiele. Frau Katharina Gladstone ist seit das Mutter aller Frauen gewesen. Ihre Heldenhaftigkeit besteht auch diese Probe.

Spanien.

* In Spanien läßt man sich jetzt den Patriotismus etwas kosten. Wie es heißt, wird der Extrakt der Vorstellung im Königl. Theater zu Madrid zum Anlaß eines Kriegsschiffes ein sehr bedeutender sein. Die Königin bezahlte für eine Loge 50 000 Franc, ein Hauteuil wird mit 150 000, ein anderer mit 100 000 Franc bezahlt werden. Die Bank von Spanien zeichnete 50 000 Franc.

Niederlande.

* Die russischen Blätter reproduzierten einen Tagesschluß des Generalgouverneurs und Kommandierenden der Truppen des Wilhelmschen Militärbezirks, General-Abtienten Troppi, demzufolge für die Offiziere der Wilhelmschen Garnison die Erlernung der deutschen Sprache obligatorisch gemacht wird.

Balkanstaaten.

* Der Sultan gewährt anscheinlich der Verwaltung der Prinzenlinie die vom bulgarischen Agenten Marlow nachgeführte Vergabeung von 19 wegen politischer Vergehen verurteilten Bulgaren; ausgeschlossen wurden die wegen der Tessin-Affäre Verurteilten.

* Die Admirale vor Kanone forderten von dem Präfidenten der National-Versammlung, Spahaktion, die Auslieferung von Christen, welche in der Umgebung von Stambu niedergetötet haben, undtheilten denselben mit, daß sie gesonnen seien, energisch vorgezugehen.

* Eine Huldigung der Griechen für Russland, Frankreich und England wird aus Alten gemeldet. Als der Deputiertenkammer das Uebereinkommen betr. die Anleihe von 170 Mill. vorgelegt ward, beantragte Bairatis, den drei Bürgerschaftsmännern einstimmig den Dank der Nation auszusprechen, und dieser Antrag wurde von Delphinius unterstützt und unter großem Beifall allseitig angenommen.

* Am Donnerstag fand in Athen die Gerichtsverhandlung gegen die beiden Teilnehmer an dem Attentat gegen den König Karolos und Georgios statt. Der Gerichtshof erkannte in einstündiger Beratung auf schuldig und verurteilte beide Angeklagte zum Tode. Die Angeklagten hörten das Urteil mit abschließender Gleichgültigkeit an.

Amerika.

* Für die Verbesserung der Gemüter wird wissenschaftlich ein mit 179 gegen 139 Stimmen gefasster Beschuß des nordamerikanischen Präsidentenhaus betragen, demzufolge alle Kriege einzulässtig seien, welche auf Kriegserklärung an Spanien und auf Unabhängigkeitserklärung Kubas abzielen.

* Das "N. Y. Journal" meldet aus Washington, dort verlaut, die amerikanische Regierung habe von Dänemark besessen westindische Besitzungen und fünf große

nicht umsonst sollst du auf meine Ehre gebaut haben, dein letzter Wunsch soll mir heilig sein, mein Vater! — Ob ich Harry mit der Schindung belasse, oder selbst hinübernehme?“ murmelte er fragend vor sich hin. „Wissen möchte ich doch, wer das mühsam erworbenen Geld mithin ob in die Tasche steckt. Mit dem letzten Willen meines Vaters könnte ich ja auch die Erfüllung des Kindlingswunsches Harrys verbinden und mit ihm zusammen nach Deutschland reisen. Ich werde mich morgen mit Mister Günther besprechen, denn die Reise mit ihm zusammen würde mir die angenehmste sein.“

Kommersienrat Günther war nicht wenig erstaunt, als ihm der führe Amerikaner die Eröffnung machte, sich der kleinen Gesellschaft als Reisegefährte nach New York anzuschließen zu wollen. Im Gegenzug zu dem vorhergehenden Abend entwickelte dieser jetzt eine solche Liebenswürdigkeit gegen den Kaufmann, daß dieser herzlich erfreut war. Mister Brown behielt diese Liebenswürdigkeit auch auf der ganzen Reise und war gegen die Damen, namentlich auch gegen Frau Bürger, voll der größten Aufmerksamkeit; die folgte davon war, daß sich der kleine Kreis bald in aufrichtiger Freundschaft zusammensetzte.

Auch Ernst Bürger war auf der Heimreise begrißt, er war in Harrys Interesse sehr thätig gewesen und zwar mit großem Erfolg. Die hohe Lehre im Hause Mister Browns sollte ihm im Vertrage mit allerlei verdienstlichen Arbeitern sehr von Nutzen sein. Gleich nach seiner Ankunft in den Aufzehrungen hatte er am Arbeit in den Fabriken nachgezählt und sofort welche erhalten.

Schiffe für 15 Millionen Dollars angekauft. Das schon öfter aufgetauchte Gericht gewinnt dadurch nicht an Wahrscheinlichkeit.

Italien.

* Der Konsulat der englisch-kanadischen Streitmacht gegen die Maßdienst-Schiffahrt beweiteten Schwierigkeiten zu begegnen, als vielleicht erwartet wurde. Nach Meldung aus Kairo erfundene eine starke Unruhe unter General Hunter die Stellung des Gouverneurs Mahmut, die sehr stark gefunden wurde. Die Gräben wimmelten von Derwischen. Diese scheinen entschlossen, einen Angriff zu erwarten. Die Stellung ist von höchstem Bedeutung.

* In der Staatskasse von Transvaal sind Unregelmäßigkeiten (aber keine Untergang) vorgekommen, infolge deren der Generalgouverneur seine Entlassung einsetzen und sein erster Gesetz für unbedrängte Zeit auf Urlaub gehen mußte. Näheres ist noch nicht bekannt.

Dentischer Reichstag.

Am 31. d. segt das Haus die dritte Gesetzgebung beim Statthalter fort.

- Bei diesem berichtet

Abg. Lieber (Betr.) seine in zweiter Gesetzgebung die Beschäftigung des Großbistums Melkendorf von Köln mit Strohblechen während seiner Hof geschäftigungen. Er sei damals tatsächlich berichtet gewesen, daß er, das kürzlich bereitgestellt, beschädigt worden sei.

Staatssekretär Lieberding erwidert, er hätte mit dem preuß. Justizminister schon früher die Rechtigung eingefordert, wenn Abg. Lieber die Sache früher zur Sprache gebracht hätte.

Abg. Stadttagen (soz.) bemängelt die Art, wie die Beschäftigung der Gefangen in den Gefangenengen durch die Beamten geregelt und registriert werde. Wäre von Strohblechen eine andere Regelung eingetreten, so hätte die falsche Untertragung, die sich auf dem Großbistum Melkendorf begegnet, gar nicht vorkommen können. Komme es noch nicht zur Regelung des Strafvollzugs, so sollte man doch von Strohblechen eine einheitliche Handhabung des § 16 des Strafgesetzbuchs, der das Recht der Selbstbeschäftigung feststellt, anstreben.

Staatssekretär Lieberding verzichtet darauf, dem Vorredner zu erwidern, da er sich auf Grund der vom Abg. Auer in zweiter Gesetzgebung vorgebrachten Mitteilungen das auf diese beigefügte Material beschafft habe und in der Lage sei, dem Abg. Auer verschiedene Unrichtigkeiten nachzuweisen. Denkt bei dazu nicht genug Zeit. Er werde es später Ihnen und bei dieser Gelegenheit auch dem Abg. Stadttagen antworten.

Abg. Spanien hält die Beschwerde des Abg. Stadttagen zum Teil für begründet und befauert, daß der preuß. Justizminister nicht anwesend ist, um auf solch rein preußische Angelegenheiten zu antworten. Der Staatssekretär könne über solche nicht informiert sein.

Staatssekretär Lieberding erwidert, er würde, wenn er von den Wünschen der Vorredner unterrichtet gewesen wäre, selbstverständlich den preußischen Justizminister gebeten haben, heute hier zu erscheinen.

Abg. Auer (soz.) hält seine in zweiter Gesetzgebung vorgebrachten Mitteilungen über die Strafvollstreckung vollständig aufrecht.

Der Statthalter des Reichsjustizamts wird darauf beauftragt.

Zum Statthalter des Reichsjustizamts liegt ein Antrag des Abg. Lieber vor, daß Schätz des Staatssekretärs auf 24 000 Pf. zu erhöhen und die 6000 Pf. Erhöhung zu streichen.

Abg. Lieber bittet um Annahme des Antrages, der eine bloße Konferenz der zu den anderen Staaten angenommenen gleichlautenden Anträge sei.

Der Antrag Lieber wird darauf angenommen, der Statthalter des Reichsjustizamts bestätigt.

Debattoß gelangt zur Annahme die Ernennung des Reichs-Fischaudamms, des Reichsschulz des Reichsgerichts, des Allgemeinen Pensionsfonds, des Reichs-Invalidenfonds, der Zölle und Verbrauchssteuern und des Reichspostabgabens.

Beim Statthalter Reichspost- und Telegraphenverwaltung beschwert sich

Abg. Buddeberg (Fr. Bp.) über einen Postdirektor, der untergeordnete Beamte zu Denunziationen über das außerordentliche Verhalten ihrer Mitarbeiter durch Rundschreiben aufgetragen habe.

Unterstaatssekretär Frisch will eine Untersuchung einzutreten lassen.

Staatssekretär v. Bodenbisski kommt auf die Ausführungen des Abg. Böhl in zweiter Gesetzgebung zurück und sucht unter Verleugnung von gerichtlichen Altersdistanzen nachzuweisen, daß auch in dem 25 Jahre

zurückliegenden Fälle, dem 1863 Wurm angeführt, keine abwegige Verleugnung des Rechtsbeimisches vorliegt, sondern lediglich eine Unwissenheit.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Bp.) befürwortet Befreiung von Angestellten in der Befreiung der Missionen und unseren Kolonien, sowie eine Neuordnung des Arbeitslebens.

Staatssekretär v. Bodenbisski bittet den Vorredner, zu bedenken, daß die Kolonien viel früher in den Genuss eines Gehalts kommen, als die anderen Beamten. Die Arbeitszeit scheint monatlich lang, aber während derselben seien die Obliegenheiten oft ganz minimale. Die Verwaltung sei aber bemüht, hervortretende Missstände zu beseitigen.

Abg. Singer (soz.) bringt die Wahlregelung einiger Postbeamten in Hamburg zur Sprache.

Staatssekretär v. Bodenbisski erklärt, er halte jede direkte oder indirekte Beteiligung an sozialdemokratischen Befreiungen für ungerechtfertigt mit dem gelehrten Dienstfeld, und er werde in jedem Falle, der zu seiner Kenntnis gelange, Befreiung entziehen lassen. Einige Fälle habe er bereits den Gerichten übergeben, die Entscheidung muß abgewartet werden.

Abg. Kardossi (kreislos.) fordert Vermeidung der Fernsprechstellen auf dem platten Lande.

Staatssekretär v. Bodenbisski: Es würden voraussichtlich etwa 11 000 neue Sprechstellen benötigt, von diesen sollte er indes unter Zuhilfenahme vorhandener Leitungen 1895 schon im laufenden Jahre herstellen können.

Der Postleit wird darauf beauftragt. — Beim Statthalter des Reichsdruckerei kommt

Abg. Hammacher (mat.-Bp.) auf den Fall Grünenthal zurück und fragt an, ob die Mitteilungen in der Presse über das Geldabend des angeklagten früheren Beamten richtig sind. Nach dem neuerlichen Mitteilungen des Staatssekretärs schiene die Kontrolle nicht ausreichend, es scheine ihm ferner fraglich, ob es notwendig sei, lieberhöchstes in Höhe bis zu 10 Prozent des bestellten Betrages herabzusetzen.

Staatssekretär v. Bodenbisski antwortet, vollwertige Noten würden nur in Höhe der Befreiung die entwendeten seien eben nicht vollständig fertig gewesen. Das sie entwendet werden könnten, sei nur durch eine ganze Reihe von Unrichtigkeiten ermöglicht worden. Es habe übrigens bereits einen neuen Kustos der Reichsdruckerei ernannt, und durch strenge Trennung von Verwaltung und Betrieb werde ähnliches Vorkommen für die Zukunft verhindert werden können.

Abg. Müller-Sagan fordert vor allem eine Änderung des Kontrakt-Systems. Der frühere Kustos habe doch zweifellos auch die Vertrauen der Verwaltung gehabt. Mit der Ernennung eines neuen Kustos sei also wenig getan.

Der Statthalter des Reichsdruckerei wird darauf beauftragt.

In der Gesamtstimmung wird darauf der Statthalter der Reichsdruckerei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Auch das Gesetz betr. die Verwendung überstaatlicher Reichseinnahmen zur Schulbildung wird bestattet. In dritter Lesung endgültig angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 26. April.

Vorstand der Banken.

Im Abgeordnetenkamme wurden am Donnerstag die beiden Schenkenwörte betr. Erhöhung des Dienstes der evangelischen und katholischen Geistlichen in erster Gesetzung durchberaten und schließlich an eine besondere Kommission verwiesen.

Im Abgeordnetenkamme wurde am Freitag eine größere Anzahl von Petitionen nach den Kommissionsbeschlußen erledigt. Eine Petition des jüdischen Städtevertreters und anderer auf Niederschaffung der Befreiung der evangelischen und katholischen Geistlichen in erster Gesetzung vorausgegangen.

Beim Statthalter Reichspost- und Telegraphenverwaltung beschwert sich

Abg. Buddeberg (Fr. Bp.) über einen Postdirektor, der untergeordnete Beamte zu Denunziationen über das außerordentliche Verhalten ihrer Mitarbeiter durch Rundschreiben aufgetragen habe.

Unterstaatssekretär Frisch will eine längere Ansprache, in der er Böhl und Ziel der Konferenz darlegt. Der Rektor der Kaiser-Wilhelm-Universität, Prof. Dr. Windfuhr, kommt am 19. April.

Von Nah und Fern.

Strassburg. Die internationale Luftschiff-Konferenz ist am Donnerstag vormittag hier zusammengetreten. Etwa 40 Gesandte aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Russland und Amerika sind erschienen. Unterstaatssekretär v. Schraut eröffnete die Konferenz mit einer längeren Ansprache, in der er Böhl und Ziel der Konferenz darlegte. Der Rektor der Kaiser-Wilhelm-Universität, Prof. Dr. Windfuhr,

Die Länderverein, obwohl für das geplante Unternehmen nicht geeignet, waren durchaus nicht so erfollos, als Mister Davis sie hingestellt. Er stellte seine Wahrscheinungen durchstreift und genaue Berechnungen aufgestellt. Wenn die Wilsonsche Gesellschaft auf meine Vorschläge eingibt und die Konsulverträge unterzeichnet, kann ich leichter anstreben lassen; es liegt ja auch in Ihrem Interesse, Mister Jackson, daß die Geschichte so bald als möglich erledigt wird, ich halte meine Ihnen gemachte Zusicherung nach jeder Richtung aufrecht.“

Der Direktor wiegte mit einem bebunten Säbeln den Kopf. „An mir liegt es wirklich nicht, wenn das Geschäft noch nicht gemacht ist; allein Mister Davis, der alte Fuchs, hat die Güte gehabt, den Geschäftsanteil eines deutschen Gentleman